



Die Stadtverordnetenversammlung  
- Ausschuss f. Wirtschaft, Beschäftig.,  
Digitalis., Gesundheit -

## Bereich Wirtschaft/Beschäftigung Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 17. Mai 2022

Vorlagen-Nr. 22-F-63-0040

### **Auswirkung der Sanktionen des Ukraine-Krieges auf die Wiesbadener Wirtschaft und Hilfestellung für Wiesbadener Unternehmen - Antrag der Fraktion Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 10.05.2022-**

Seit Februar hat die EU vor dem Hintergrund des völkerrechtswidrigen Angriffs Russlands auf die Ukraine fünf Sanktionspakete gegen Russland verhängt, darunter gezielte restriktive Maßnahmen gegen Einzelpersonen (individuelle Sanktionen), Wirtschaftssanktionen und diplomatische Maßnahmen.

Die von der Europäischen Union vor dem Hintergrund des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine erlassenen Wirtschaftssanktionen gegen das russische Oligarchensystem und deren wirtschaftliche Verflechtungen sind zu begrüßen und zu unterstützen. Wenngleich Sanktionen stets darauf ausgelegt sind die Auswirkungen auf die heimische Wirtschaft so gering wie möglich zu halten, kann nicht ausgeschlossen werden, dass auch Unternehmen in Wiesbaden hierdurch wirtschaftliche Einbußen hinnehmen müssen.

Durch ein mögliches Öl- und Gasembargo können sich ebenfalls Auswirkungen auf die Wiesbadener Wirtschaft ergeben.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen,

der Magistrat wird gebeten,

1. den Kontakt mit Wiesbadener Unternehmen sowie der Industrie- und Handelskammer zu suchen, um einen Überblick über die aus den Sanktionen und einem möglichen Öl- und Gasembargo entstehenden Auswirkungen auf die Wiesbadener Wirtschaft zu erhalten und zu erfahren, wo die Unternehmen Hilfe benötigen und wie Hilfe geleistet werden kann. Dem Ausschuss möge sodann über die möglichen Auswirkungen Bericht erstattet werden.
2. eine Übersicht über die Wirtschaftshilfen von der Bundesregierung sowie der Europäischen Union für betroffene Unternehmen zu erstellen, sofern nicht auf Bundes- oder Landesebene bereits vorhanden, und gegebenenfalls Hilfestellung bei der Beantragung dieser Wirtschaftshilfen zu leisten. Die Übersicht ist regelmäßig auf dem aktuellsten Stand zu halten.
3. bei Landes- und Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass zügig neue Rettungsschirme und Finanzhilfen für die heimische Industrie entwickelt werden sowie die aktuellen Regelungen zur Kurzarbeit, die Ende Juni auslaufen, zu verlängern. Mit dem Industriepark Kalle-Albert und seinen knapp 5000 Beschäftigten ist in Wiesbaden der zweitgrößte Chemiestandort Hessen angesiedelt. Für den Fall, dass es so einem Öl- und Gasembargo kommt, drohen Produktionsstillstände mit unkalkulierbaren Folgen - nicht nur für die Beschäftigung, sondern auch für die gesamte lokale industrielle Wertschöpfungskette.

**Beschluss Nr. 0057**

Der Antrag wird angenommen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .05.2022

Simon Rottloff  
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .05.2022

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .05.2022

Dezernat II  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gert-Uwe Mende  
Oberbürgermeister